

# Call-Center: Lohnspirale nach unten erfordert gesetzlichen Mindestlohn

*Ergebnisse einer Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE.*

Die Lohnspirale dreht sich in der Call-Center-Branche weiter nach unten. Während die Bundesregierung Unternehmen in der Niedriglohnbranche mit Steuergeldern kräftig subventioniert, verweigert sie den Beschäftigten den Mindestlohn.

Das ist das Fazit einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung.\* Die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse.

## Normalarbeitsverhältnis Mangelware

Die Bundesregierung spricht bei der Call-Center-Branche von einer „jungen und dynamischen Branche, die in den letzten Jahren in Deutschland viele neue Arbeitsplätze geschaffen hat.“ Tatsächlich wuchs der Umsatz 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2 Milliarden Euro auf 14 Milliarden Euro, die Beschäftigung um 60.000 auf eine halbe Millionen.

Über die Arbeitsbedingungen und prekären Beschäftigungsverhältnisse verliert die Bundesregierung jedoch kein Wort. Aber die Beschäftigungsstatistik zeigt: das Normalarbeitsverhältnis ist hier immer noch Mangelware. Gut die Hälfte arbeiten Vollzeit (55 Prozent), der Rest Teilzeit oder in einem Minijob.

## Lohnspirale nach unten

Dramatisch ist die Einkommensentwicklung, vor allem der unteren Lohngruppen. Der Bruttostundenverdienst im Wirtschaftszweig „Call Center“ lag 2009 bei 11,37 Euro und ist damit gegenüber 2007 mit 11,25 Euro kaum gewachsen. Hinter dieser Durchschnittszahl verbirgt sich ein starkes Lohngefälle. Etwa drei Viertel aller Beschäftigten arbeiteten 2009 in den zwei unteren Lohngruppen (Leistungsgruppe 4+5). Dort sank bei den Vollzeitbeschäftigten der durchschnittliche

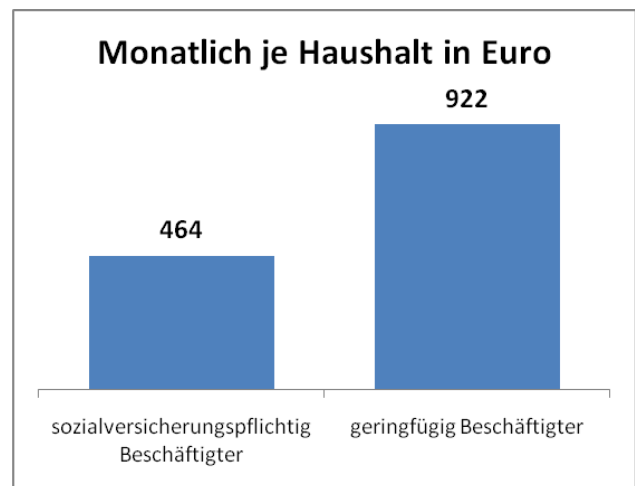
Monatslohn um 4,8 Prozent bzw. 10,2 Prozent, absolut um 87 bzw. 137 Euro. Ohne eine Lohnuntergrenze droht sich die Lohnspirale immer weiter nach unten zu drehen.

## Subvention von Niedriglöhnen

Ein deutlicher Hinweis auf die Niedriglöhne ist der hohe Anteil der sogenannten „Aufstocker“, also der Beschäftigten, die wegen ihres geringen Lohns ergänzend Hartz IV beziehen.

In den Call-Centern gab es 2009 unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 7,5 Prozent Aufstocker, gesamtwirtschaftlich lag ihr Anteil bei 2,5 Prozent. Zählt man die aufstockenden Minijobber in der Call-Center-Branche mit, bezog jeder bzw. jede 12te Beschäftigte zusätzlich Hartz IV-Leistungen, in der Gesamtwirtschaft „nur“ jeder 24te.

## Lohnergänzende Hartz IV-Leistungen für Aufstocker in den Call-Centern



Quelle: Bundesregierung, BT-Drs. 17/3319, Stand Dez. 2009

Die Gesellschaft subventioniert die Niedriglöhne mit Millionenbeträgen. Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit beliefen sich allein im Dezember 2009 die Hartz-Ausgaben für Erwerbstätige im Wirtschaftszweig Call-Center auf 3,1 Millionen Euro. Hochgerechnet auf ein Jahr ergibt sich eine Summe von rund 16 Millionen Euro. Der fehlende Mindestlohn kommt den Beschäftigten und der Gesellschaft teuer zu stehen!

\* Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Fehlende soziale Mindeststandards in der Call-Center-Branche“ (BT-Drs. 17/3319). Informationen dazu und zu vorherigen Anfragen der LINKE unter [sabine.zimmermann.ma02@bundestag.de](mailto:sabine.zimmermann.ma02@bundestag.de).

## 19 Mio. Euro Wirtschaftsförderung ...

Die Unternehmen der Call-Center-Branche erhalten viel Geld aus der Wirtschaftsförderung. 18,8 Millionen Euro flossen im letzten Jahr. Auffällig und wenig zufällig: Das Geld ging in das Niedriglohngebiet der neuen Bundesländer.

Skandalös: Trotz der hohen Fördersummen kann die Bundesregierung keine Auskunft dazu geben, ob Subventionsmittel für Standortverlagerungen missbraucht wurden und welche konkreten sozialen Kriterien für die Förderung gelten.

### 19 Mio. € Subventionen für die Call-Center-Branche 2009

Berlin:	660.000 €
Brandenburg:	9.693.000 €
Mecklenburg- Vorpommern:	2.748.000 €
Sachsen:	5.403.000 €
Sachsen-Anhalt:	249.000 €

(Quelle: Bundesregierung, BT-Drs. 17/3319)

Viele der geförderten Call-Center-Firmen gehören zu namenhaften Unternehmen wie zum Beispiel zur Bertelsmann-AG (arvato), zum Versicherungskonzern Allianz (Euler Hermes) oder Energiekonzern Eon (e-dialog GmbH). Auch Finanzinvestoren sind mit dabei. 2007 bis 2009 wurde jede Call-Center-Firma im Schnitt mit knapp 1 Million Euro subventioniert.

### ... und enorme Profite

Bei den Akteuren in der Call-Center-Branche handelt es sich also keineswegs um Unbekannte. Wie ist deren Ertragslage? Union und FDP schweigen dazu: „Zahlen zur Gewinnentwicklung liegen der Bundesregierung nicht vor.“

Aktuelle Branchenanalysen, zu denen auch die Bundesregierung Zugang haben dürfte, weisen dagegen für Call-Center-Unternehmen enorme

Profite aus. Laut einer Studie der Unternehmensberatung „Weiner & Partner“ lag 1998-2009 die durchschnittliche Gesamtkapitalrendite bei 20,2 Prozent (die Eigenkapitalrendite sogar bei 36,5 Prozent).

Die Bundesregierung weiß genau, warum sie diese Zahlen nicht öffentlich nennt. Sie führen das Märchen von der armen Call-Center-Branche, die sich keine ordentlichen Löhne leisten kann, ad absurdum.

### Kein Mindestlohn in Aussicht?

Nicht weniger wortkarg gibt sich die Regierung auf die Fragen nach der Einführung eines Mindestlohns. Angeblich lägen ihr zur Frage der Tarifbindung in der Branche „aktuell keine Erkenntnisse vor“. Dabei ist auch ihr bekannt, dass es in der Branche keine funktionierenden Tarifvertragsparteien gibt. Auf Nachfrage muss sie einräumen, dass es nur einen registrierten Tarifvertrag gibt: „der Firmentarifvertrag der Walter TeleMedien Holding GmbH mit der Gewerkschaft ver.di“.

Angesichts dieser fehlenden tariflichen Standards liegt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf der Hand. Die Bundesregierung trifft jedoch keine Aussage, was sie konkret unternimmt, sondern referiert nur allgemein den möglichen Weg über das Mindestarbeitsbedingengesetz. Aber dieses erweist sich immer mehr als untaugliches Instrument. Seit seiner Novellierung ist es kein einziges Mal angewandt worden.

### Was tun?

Um die Situation der Callcenter-Beschäftigten zu verbessern, Arbeit in Würde und jenseits von Armut zu ermöglichen, fordert DIE LINKE:

- Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns
- Die Vergabe von Fördermitteln ist an Kriterien für Gute Arbeit zu koppeln
- Gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte müssen gestärkt werden

Dafür streitet DIE LINKE. und wird nicht locker lassen!

---

**MdB Sabine Zimmermann**

Fraktion *DIE LINKE.* im Deutschen Bundestag

[www.sabine-zimmermann.info](http://www.sabine-zimmermann.info)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Oktober 2010